

Die Schläfer des IS schlagen wieder zu

Der militärische Sieg gegen die Terrormiliz Islamischer Staat wäre eine Chance für den Irak. Untergetauchte Jihadisten verüben allerdings weiterhin schwere Anschläge - zuletzt in Bagdad.

Vincenzo Capodici

Die irakische Regierung hat im letzten Dezember das «Ende des Kriegs» gegen den Islamischen Staat (IS) verkündet. Die militärische Niederlage der Terrormiliz und deren Vertreibung aus Mosul und anderen Städten bedeutet aber noch lange nicht, dass Ruhe und Stabilität im Irak eingeleitet wären. Im Gegenteil: Untergetauchte Jihadisten verbreiten Angst und Tod. Bei zwei Selbstmordanschlägen am Montagmorgen in Bagdad sind mindestens 31 Menschen getötet und über 90 Personen verletzt worden. Der Doppelschlag wurde auf dem belebten Al-Tajjaran-Platz im Zentrum der irakischen Hauptstadt verübt. Erst am Samstag hatte es, ebenfalls in Bagdad, einen Selbstmordanschlag mit acht Toten gegeben.

Zu den beiden Attentaten in Bagdad bekannte sich zunächst niemand. Solche Selbstmordanschläge im Irak gehen allerdings in der Regel auf das Konto des IS. Die sunnitischen Extremisten nehmen dabei vor allem Schiiten ins Visier. Sie wollen die Spannungen zwischen den grossen islamischen Konfessionen im Land weiter erhöhen. Regierungschef Haider al-Abadi hat inzwischen die «Eliminierung von Schläferzellen» des IS angekündigt. Der Irak bleibt ein instabiles Land mit einer unsicheren Zukunft.

Geisterstadt Mosul

Wie weit weg der Irak von der Normalität ist, hat der schweizerisch-amerikanische Menschenrechtsaktivist John Eibner kürzlich bei einer Reise in der einstigen IS-Hochburg Mosul gesehen. Er berichtete von apokalyptischen Szenen. «Während Stadtteile von Mosul weitgehend intakt und funktionsfähig sind, liegt die Altstadt in Trümmern», sagt Eibner, der für die Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI) in Zürich seit Jahren regelmässig den Irak bereist.

«In der Altstadt gibt es keine ernsthaften Reparaturarbeiten, geschweige denn einen Wiederaufbau.» Mosul sei eine Geisterstadt - abgesehen von der Anwesenheit regierungstreuer Milizen sowie den wenigen Menschen, die versuchen, die Trümmer aus ihren Häusern zu räumen. Die letzten IS-Kämpfer waren im Juli von irakischen Regierungstruppen und ihren Koalitionären unter Führung der USA nach monatelangen Kämpfen aus Mosul vertrieben worden.

Eine offene Frage ist, wie viele frühere Einwohner der einstigen 2-Millionen-Stadt zurückkehren werden. Prekär ist vor allem die Situation der Minderheit der Christen. «Nach beinahe 2000-jähriger Präsenz in Mosul scheint es dort bald



Sicherheitskräfte räumen den Ort des jüngsten Attentats in der irakischen Hauptstadt Bagdad. Foto: Ali Abdul Hassan (AP)



Nuri al-Maliki.

Haider al-Abadi.

keine Christen mehr zu geben», erklärt Eibner. Was die vielen vertriebenen Sunniten betrifft, ist ebenfalls ungewiss, ob sie zurückkehren können. «Den Behörden in Bagdad ist noch lebhaft in Erinnerung, wie herzlich der IS 2014 empfangen wurde», sagt Eibner. «Sie wissen, dass ein beträchtlicher Teil der sunnitischen Bevölkerung nach wie vor mit der IS-Ideologie sympathisiert.»

Während der Kriegswirren waren im Irak über 5 Millionen Menschen durch die Terrormiliz vertrieben worden. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration kehrten bis Ende 2017 mehr als 3 Millionen in ihre Heimat zurück. Fast jeder dritte Rückkehrer fand eine beschädigte oder zerstörte Wohnung vor. Betroffen sind auch Ölan-

lagen und Verkehrswege sowie Industriegebiete und die Wasser- und Stromversorgung. Für den Wiederaufbau des Irak werden mindestens 100 Milliarden Dollar benötigt, wie die Weltbank errechnet hat.

Wegweisende Wahlen im Mai

Kuwait richtet Mitte Februar eine internationale Hilfskonferenz zum Wiederaufbau des Irak aus. Der irakische Aussenminister Ibrahim al-Jaafari forderte einen Marshall-Plan nach dem Vorbild des US-Hilfsprogramms zum Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nach Ansicht von Irak-Kenner Eibner bietet die militärische Niederlage des IS «eine einmalige Chance für eine neue Ära der Stabilität», in der alle Iraker, unabhängig von ihrer religiösen und kulturellen Identität, in Frieden und Würde leben können. «Dies wird aber nur geschehen, wenn der irakische Staat gestärkt wird, gleiche Bürgerrechte für alle einführt sowie internationale Menschenrechtsnormen respektiert.»

Zudem müssten ausländische Mächte aufhören, den Irak als Kampfgebiet für Stellvertreterkriege zu missbrauchen.

Stattdessen sollten sie Geld für den Wiederaufbau bereitstellen. «Sind all diese schwierigen Voraussetzungen nicht erfüllt, wird die relative Ruhe, die jetzt im Irak herrscht, höchstwahrscheinlich nur die Ruhe vor dem nächsten Sturm sein», warnt Eibner. Er hofft insbesondere auf eine konstruktive und energische Behandlung der Minderheitenfrage. «Das liegt im nationalen Interesse, gerade weil so viele Minderheiten in den sogenannten umstrittenen Gebieten leben.»

Ministerpräsident Abadi verspricht im Hinblick auf die Parlamentswahlen vom 12. Mai eine «neue und hellere Ära» für den Irak. Nach den militärischen Erfolgen gegen den IS möchte der 65-jährige «die Integrität und nationale Souveränität des Landes stärken, Fehler korrigieren und Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Iraker erreichen». Abadi, der der schiitischen Mehrheit angehört, tritt mit einem überkonfessionellen Wahlbündnis an, wie er am Wochenende verlauten liess. Sein Herausforderer ist höchstwahrscheinlich sein Amtsvorgänger, der vom Iran unterstützte Nuri al-Maliki, ebenfalls ein Schiite. Beide gehören der Dawa-Partei an, die seit 2006 den Regierungschef stellt.

Kampfjets fangen Zivilflugzeug ab

Die Krise zwischen Katar und den Arabischen Emiraten ist im Luftraum eskaliert.

Paul-Anton Krüger

Kairo

Mehrere Zwischenfälle zwischen Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten haben die seit Juni schwelende Krise am Golf nach Monaten relativer Ruhe wieder deutlich verschärft. Am Montag meldete die amtliche emiratische Nachrichtenagentur WAM unter Berufung auf die Luftfahrtbehörde, katarische Kampfjets hätten ein emiratisches Passagierflugzeug auf einem regulären Linienflug abgefangen. Die Maschine sei auf einer bekannten Luftfahrtstrasse nach Manama unterwegs gewesen, der Hauptstadt von Bahrain.

Die Emirate, Saudiarabien, Bahrain und Ägypten hatten am 5. Juni ohne Vorwarnung die diplomatischen Beziehungen zu Katar abgebrochen und alle Transport- und Handelsverbindungen gekappt. Sie werfen Katar vor, Unruhe in der Region zu stiften und terroristische Organisationen zu unterstützen. Katar bestreitet das und beschuldigt Riad und Abu Dhabi, sie wollten die Unabhängigkeit der katarischen Aussenpolitik einschränken. Doha unterstützt die Muslimbruderschaft und pflegt gute Beziehungen zum Iran, beides Gegner Riads und Abu Dhabis. Vermittlungsbemühungen Kuwaits und von US-Aussenminister Rex Tillerson blieben bislang ohne greifbares Ergebnis.

Die emiratische Luftfahrtbehörde warf Katar nun «eine klare Bedrohung der Sicherheit des zivilen Flugverkehrs und die Verletzung internationalen Rechts» vor. Ein Regierungssprecher in Doha dementierte die Vorwürfe als «völlig unwahr». International ist es üblich, dass Abfangjäger aufsteigen, wenn Flugzeuge ohne Transponder fliegen, die festgelegten Flugrouten verlassen oder auf Funksprüche nicht reagieren. Im Konflikt mit den Emiraten hatte Katar zuvor zwei Beschwerden bei der UNO eingereicht, denen zufolge emiratische Kampfjets am 21. Dezember und erneut am 3. Januar den katarischen Luftraum verletzt haben sollen. Die Emirate bestreiten dies.

Am Sonntag veröffentlichte zudem ein Angehöriger der katarischen Herrscherfamilie im Internet ein Video, in dem er den Emiraten vorwarf, ihn gegen seinen Willen festzuhalten. Scheich Abdullah bin Ali Al Thani, dessen Vater 1972 als Emir von Katar durch einen Putsch abgesetzt wurde, sagt im Video, er befinde sich als Gast von Kronprinz Mohammed bin Zayed in den Emiraten, werde nun aber festgehalten. Man habe ihm untersagt, sich frei zu bewegen. Wenn ihm etwas zustosse, trage nicht Katar die Schuld daran.

Der «Guardian» verkleinert sich, um zu überleben

Die elegant-grossformatigen Zeiten sind vorbei. Die Londoner Zeitung «Guardian» ist geschrumpft und kämpft gegen die konservative Konkurrenz ums Überleben.

Peter Nonnenmacher

London

Wer am Montag an britischen Kiosken nach dem vertrauten blau-weissen Zeitungskopf des «Guardian» suchte, der suchte vergebens. Nur bieder monochrom gab sich das Blatt im Namenszug noch zu erkennen. Ausserdem präsentierte es sich im Schrumpfformat. Zwölf Jahre nachdem das Flaggschiff der progressiven Presse im Vereinigten Königreich sein Format schon einmal reduziert hatte, musste es sich nun erneut als Druckerzeugnis zurücknehmen. Seit dieser Woche erscheint der «Guardian» in Kompaktform, im kleinen Format der «Tabloids». Die elegante Eigenheit der letzten Jahre ist dahin.

Das hat schon am ersten Tag unter Käufern und Abonnenten bittere Klagen ausgelöst. Ein wenig blass und recht ratlos, ohne die Autorität des alten Auftritts

komme der «Guardian» daher, fanden viel. Leidenschaftlich appellierte das Leitblatt der Linken und Liberalen, der Gewerkschaften und Grünen an die Loyalität seiner Leser. Mit viel Grafik und flottem Design versucht die Zeitung, sich auf dem neuen, begrenzteren Raum einzurichten, so gut es eben geht.

Argwöhnisch fragten sich Kritiker am Montag beim Blättern, ob auch der Inhalt gelitten habe und ob gar der Schrifttyp verkleinert worden sei. In der Redaktion selbst war man mit dem neuen Erscheinungsbild dagegen zufrieden und wies vor allem auf ein erhöhtes Anzeigenaufkommen hin.

Konservative sind stärker

«Guardian»-Chefredaktorin Katharine Viner betonte, die neue Aufmachung sei «das Ergebnis monatelanger Überlegungen und kreativer Bemühungen» durch alle Beteiligten. Ehrlicher Weise fügte sie hinzu, dass das etwas grössere Format der letzten zwölf Jahre mit seinem preisgekrönten Design und seinem «ehrgeizigen, epochemachenden und visuellen Journalismus» nicht ganz freiwillig aufgegeben wurde. Auf sein bisheriges, im britischen Raum ganz einmaliges Format habe der «Guardian» verzichten müssen, meinte die Redaktionschefin,

«weil wir mit diesem Wechsel des Printformats Millionen Pfund einsparen können». Die Kompaktausgabe kommt den «Guardian» wesentlich billiger. Statt auf eigenen Pressen wird die Ausgabe nun vom befreundeten Verlagshaus des «Daily Mirror» gedruckt. Die alten Pressen sollen verkauft oder notfalls verschrottet werden. Die Druckräume im Haus stehen leer. Für den «Guardian» geht damit eine Ära zu Ende. Alles muss kleiner werden.

Die Gründe für die allseitige Schrumpfung liegen auf der Hand: Der «Guardian», eine Stiftung, hat unter der Zeitungskrise mehr als andere Verlage gelitten. Die Reserven des Blattes sind begrenzt. Die Auflage aber ist seit den Topzeiten der 1980er-Jahre, in denen der «Guardian» als einzige Anti-Tory-Zeitung eine halbe Million Exemplare druckte, auf 147 000 gesunken. Dagegen kommen regierungsfreundliche Zeitungen wie Rupert Murdochs «Times» oder der rechtskonservative «Daily Telegraph» heute noch immer auf 446 000 beziehungsweise 470 000 Exemplare. Gegen sie steht der «Guardian» schwach da. Auch kommerzielle Fehlentscheidungen der letzten Jahre und enorme Investitionen in den Onlineauftritt, etwa in den USA, kommen die Zeitung mittlerweile

teuer zu stehen. Denn das grosse Anzeigengeschäft im Web machen heutzutage Facebook und Google, nicht die Tageszeitungen.

300 Stellen weg

Mit harten Sparmassnahmen versucht der «Guardian», sich aus dieser bedrohlichen Situation jetzt zu retten. 300 Stellen, davon ein Drittel im redaktionellen Bereich, sind gestrichen worden, weitere Entlassungen sind zu befürchten. Auch die Formatänderung dient erst einmal der Kostenreduktion.

Chefredaktorin Viner gibt sich zuversichtlich, dass die Lage stabilisiert werden kann. Nachdem der «Guardian» 2016 noch 62,5 Millionen Pfund Verluste gemacht und fürs Vorjahr mit 25 Millionen Pfund an Verlusten gerechnet hat, hofft das Blatt in diesem Jahr auf eine ausgeglichene Bilanz. Sehr geholfen hat eine gross angelegte finanzielle «Förderaktion» seiner Onlinenutzer. Was umso wichtiger ist, als das Blatt nie eine «Paywall» eingerichtet hat im Onlinegeschäft. Die Alternative für die einstigen Grössen der Fleet Street ist in der Tat der völlige Rückzug in die papierlose Sphäre des Digitalen - ein Schicksal, das den liberalen «Independent» bereits vor zwei Jahren ereilt hat.

Nachrichten

Libyen

Tote bei Kämpfen um letzten Flughafen von Tripolis

Bei Kämpfen um den einzigen intakten Flughafen der libyschen Hauptstadt Tripolis sind nach Regierungsangaben zehn Menschen getötet worden. Demnach hatte eine Miliz das Flughafengebiet angegriffen, um einige ihrer Mitglieder aus einem dort untergebrachten Gefängnis zu befreien. (SDA)

Nahost

Moskau wirft USA schädliche Politik zu Syrien und Iran vor

Russland hat den USA eine schädliche Politik im Nahen Osten vorgeworfen. Aussenminister Sergei Lawrow beschuldigte Washington, in Syrien einen Regierungswechsel bewirken zu wollen. Auch im Streit um den Atomdeal mit dem Iran griff er die USA scharf an. (SDA)

Spanien

Rajoy will Zwangsverwaltung Kataloniens verlängern

Spanien wird die Zwangsverwaltung Kataloniens nicht aufheben, wenn das Regionalparlament den Ex-Präsidenten Carles Puigdemont im Exil erneut ins Amt wählt. Dies sei eine Frage des gesunden Menschenverstandes. (Reuters)